

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

31. Jahrgang.

N^o. 15.

Sonnabend, den 2. Februar

1884.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg

Mittwoch, den 6. Februar 1884, Nachmittags 3 Uhr
im Verhandlungs-Saale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.
Die Tagesordnung ist aus dem Anschläge in der Hausflur des amtshaupt-
mannschaftlichen Dienstgebäudes zu ersehen.
Schwarzenberg, am 29. Januar 1884.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Fhr. v. Wirking. E.

Bekanntmachung.

Die Grundsteuer pro I. Termin laufenden Jahres ist nach 2 Pfennigen
von jeder Einheit bis spätestens

den 15. Februar a. c.

bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung an den Einnehmer Herrn Adolph
Eckner hier zu entrichten.

Johanngeorgenstadt, den 30. Januar 1884.

Der Stadtrath.
Böhm.

Bekanntmachung.

Nachdem die Abschätzung der hies. Einwohnerschaft durch den hierzu bestellten
Ausschuß erfolgt und das Gemeindeanlagencataster für das Jahr 1884 aufge-
stellt ist, liegt dasselbe für jeden Gemeindeabgabepflichtigen zur Einsichtnahme
in hiesiger Rathsexpedition in den gewöhnlichen Geschäftsstunden vom

2. Februar bis mit 16. Februar 1884

aus.
Nach § 11 des Anlagenregulativs sind Beschwerden über zu hohe Ab-
schätzung binnen 4 Wochen vom Tage der Catasterauslegung ab bei dem Stadt-
gemeinderath schriftlich und mit Gründen unterstützt anzubringen, später ein-
gehende Reclamationen über zu hohe Besteuerung aber als veräußert zu betrachten
und nicht weiter zu beachten.

Johanngeorgenstadt, den 31. Januar 1884.

Der Stadtrath.
Böhm.

Bekanntmachung.

Die Anfuhr von 51 Meter Astholz von Abth. 53 des Auerberger
Forttreibers nach dem städtischen Magazingarten soll vergeben werden und sind
Offerten bis 4. Februar a. c. auf der hiesigen Rathsexpedition abzugeben.
Eibenstock, am 31. Januar 1884.

Der Stadtrath.
Böcher.

Die Sprachendebatte im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Fünf Tage hat im österreichischen Reichsrathe die
Debatte über den Antrag des Grafen Wurmbrandt
gedauert, welcher die deutsche Sprache ausdrücklich als
Amtssprache für Oesterreich anerkannt und den Ge-
brauch der anderen landesüblichen Sprachen in Amt,
Schule und öffentlichem Leben geregelt wissen wollte.
Die Debatte verlief fruchtlos, wenigstens erzielte sie
kein praktisches Resultat. Der Antrag Wurmbrandt
wurde abgelehnt, und ebenso andere, welche einen
„vermittelnden“ Standpunkt einnehmen wollten.

Es war da überhaupt schlecht vermittelte. Die
Forderungen der deutschen Verfassungspartei erschei-
nen so selbstverständlich, ihre Ablehnung so ungerecht,
daß sich zwischen Beiden eigentlich gar nicht vermit-
teln läßt. Die deutsche Sprache als Amtssprache für
Oesterreich ist etwas historisch Gewordenes; sie ist
die Kommandosprache der Armee, an deren Spitze sich
so mancher nichtdeutsche General befindet; sie ist die
Umgangssprache des Kaiserhauses, die Sprache des
an Zahl größten Volkes unter den Völkern Oester-
reichs, die Sprache, unter deren Fittichen Kultur und
Gefittung in Oesterreich sich ausgebreitet haben.

Seit fünf Jahren ist in Oesterreich eine Regie-
rung am Ruder, welche „Versöhnungspolitik“ auf ihr
Programm gesetzt hat. Darunter ist indessen nichts
anderes zu verstehen gewesen, als daß man auf Kosten
des Deutschthums den Tschechen und Polen die weit-
gehendsten Zugeständnisse gemacht und damit deren
Appetit gereizt hat. Von „Versöhnung“ kann dabei
natürlich gar nicht die Rede sein; im Gegentheil wäre
der Ausdruck „Verbitterungspolitik“ weit mehr am
Platz. Es mag zugestanden werden, daß das Mini-
sterium Taaffe damit einer schweren Nothwendigkeit
Folge giebt. Seit 1866 hat Oesterreich seinen poli-
tischen Schwerpunkt verlegen müssen. Es ist nicht
mehr die Vormacht Deutschlands, hat an letzterem
kein engeres nationales Interesse mehr und ist viel-
mehr auf die slawische Bevölkerung der Balkanhal-
binsel angewiesen. Um bei dieser Sympathien zu er-
wecken und sich die Zukunft offen zu erhalten, mag
es als eine politische Nothwendigkeit erschienen sein,
dem bisher deutschen Oesterreich einen mehr sla-
wischen Anstrich zu geben.

Indem man den Tschechen, Polen, Ruthenen u. s. w.
mehr Zugeständnisse macht, als sich vielleicht mit der
Einheitlichkeit eines großen Staatswesens verträgt,
zeigt man den slawischen Völkern im Süden, daß
die Zugehörigkeit zu Oesterreich nicht das Aufgeben
ihrer Nationalität in sich schließt. Doch sind das
Gesichtspunkte, die die hohe Politik aufstellt, und
welche die zahlreichen Deutschen in Oesterreich nicht

über die Verkürzung ihrer historischen Rechte zu
trösten vermag.

Die Regierung weiß ganz genau, was sie will;
die Parteien aber, die sie unterstützen, haben jene weit-
ausgehenden Gesichtspunkte nicht. Polen und Tschechen
sind den Deutschen feindlich gesinnt und das erklärt,
weshalb sie das Ministerium Taaffe unterstützen.
Hierbei ist aber eins ganz besonders zu beachten:
Das deutsch-österreichische Bündniß ist eine Thatsache,
die aus der politischen Nothwendigkeit und Zweck-
mäßigkeit hervorgegangen ist und daher zweifellos
den Parteienstreit überdauern wird. Aber die Mehr-
heitsparteien in Oesterreich, auf die sich das Mini-
sterium Taaffe stützt, sind Gegner dieses Bündnisses,
wie sie Gegner des Deutschthums sind. Anhänger
dagegen sind die Deutschen, denen man jetzt im ver-
meintlichen Interesse des Staatswohls so schwere
Opfer auferlegt.

Das leitende Organ der Tschechen, der „Narodni
Listy“, brachte im März vor. Jahres einen Artikel,
worin es hieß, die gegenwärtige Unentschiedenheit
kräftige die „Preußenfeuche“ in Oesterreich und dürfe
nicht fortbauern. Es müße eine Regierung kommen,
welche mit Entschiedenheit und vollkommen den nicht-
deutschen Nationalitäten Oesterreichs ihr Recht und
ihre Selbstständigkeit zurückgiebt; hierin sei die rich-
tige und einzige Gewähr gegen die „Preußenfeuche“
zu finden. — Das ist so eine Probe davon, wie sich
die regierungsfreundliche Partei Oesterreichs zu dem
deutsch-österreichischen Bündniß stellt!

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Anknüpfend an das letzte
Unwohlsein Kaiser Wilhelms und die Thatsache,
daß die Größe und die Wohlfahrt des deut-
schen Reiches in nicht geringem Grade an die Er-
haltung zweier Leben — des Kaisers und seines
Kanzlers — gebunden zu sein scheinen, sagt der
Londoner „Standard“: „Dieses Bewußtsein reicht
hin, die Brust jedes ehrlichen Patrioten im deut-
schen Vaterlande mit einem Gefühl der Unruhe und
der Unsicherheit betreffs der Zukunft zu erfüllen. Es
ist eine merkwürdige Rückerinnerung, und wir Kinder
der Gegenwart würden gut thun, sie uns recht oft
in's Gedächtnis zu rufen, daß die Gründung des
deutschen Kaiserreichs, das größte Werk, das in dies-
er Generation geschaffen wurde, einigen wenigen Män-
nern den Ursprung dankt, die der öffentlichen Mein-
ung und verschiedenen Verfassungen zum Trost handel-
ten. Es ist jetzt sehr leicht zu sagen, daß Deutschland
seine Einigkeit irgendwie erlangt hätte, wenn Fürst Bi-
smarck auch nie geboren worden wäre. Dies ist eine bloße
Annahme, und weit wahrscheinlicher ist es, daß ohne

den Fürsten Bismarck Deutschland noch immer das
lose, wenn nicht zerfallene Staatenkonglomerat, und
Frankreich die leitende und tonangebende Macht des
Kontinents wäre. Die Thatsache, daß ein militä-
rischer und entschlossener Monarch, ein weitgehender,
waghalsiger und trotzstarrer Minister und ein glän-
zendes Soldatengenie Zeitgenossen waren, erklärt die
Verwirklichung des Traumes vom geeinigten Deutsch-
land; die unbestimmte Sehnsucht nach einer solchen
Einigkeit in der Brust des deutschen Volkes verwirk-
licht diesen Traum nicht. Heute beugt sich Alles vor
dem deutschen Kaiserreiche. Wie wenige Menschen
aber giebt es, welche, als das Werk im Aufbau be-
griffen war, nicht gegen die Baumeister ihre Stim-
men erhoben und ihren Tadel laut werden ließen!“

— Dem Reichstage wird auch eine Vorlage betr.
Verlängerung resp. Erneuerung des Sozialisten-
gesetzes zugehen. Für den Fall der Ablehnung
wird die Auflösung des Reichstages mit Sicherheit
erwartet.

— Oesterreich. Die „Wiener Zeitung“ ver-
öffentlicht eine Verordnung des Gesamtministeriums
vom 30. Januar cr., mit welcher auf Grund des Ge-
setzes vom 5. Mai 1869 für die Gerichtsprengel
Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt Ausnahms-
verfügungen getroffen werden, welche sich gleich-
zeitig auf verdächtige Briefe und gefährdende Druck-
schriften erstrecken. Eine weitere Verordnung des
Staatsministeriums hebt die Geschwornengerichte für
die Gerichtsprengel Wien und Korneuburg auf. Die
getroffenen Ausnahmeverfügungen haben außer der
Suspension der Geschwornengerichte folgende Wirk-
ung: Die 48 stündige Frist, binnen welcher Verhaftete
ordentlichen Richtern vorgeführt werden müssen, wird
auf acht Tage erweitert, die Freilassung gegen Kaution
und Bürgschaft bei gewissen strafbaren Handlungen
unterbleibt, das Ausweisungsrecht der Behörden wird
erweitert, Hausdurchsuchungen können ohne richterlichen
Befehl stattfinden, das Briefgeheimniß wird aufge-
hoben, die Eröffnung der Briefe und die Beschlag-
nahme derselben ist zulässig. Das Vereinsversamm-
lungsrecht erfährt eine weitgehende Einschränkung,
das Erscheinen periodischer Druckschriften kann ver-
boten, die Vervielfältigung literarischer und artistischer
Erzeugnisse eingestellt werden. Die Frist für Hinter-
legung von Pflichtexemplaren kann bei Journalen auf
3 Stunden, bei anderen Druckschriften auf 8 Tage
vor der Ausgabe ausgedehnt werden. Außerdem werden
für die Polizei erweiterte Rechte bezüglich verschiedener
Anordnungen erteilt, namentlich bezüglich des Be-
sitzes von Waffen und Munition, sowie bezüglich des
Paß- und Melbungswesens.

— Am Mittwoch Abend wurde in der Hofoper
in Wien ein Mann verhaftet, welcher sich in die